

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VI. Periode — 7. April 1965.

Inhalt:

Eröffnung der 1. Landtagssitzung:

1. Präsident Dr. Kaan begrüßt die neugewählten Mitglieder des Landtages (1).
- Bestellung der prov. Schriftführer (1).
- Angelobung der Mitglieder des Steierm. Landtages (1).

Wahlen:

- Wahl des 1. Präsidenten (2).
- Erklärung des 1. Präsidenten Dr. Kaan (2).
- Wahl des 2. Präsidenten (2).
- Wahl des 3. Präsidenten (2).
- Wahl der Schriftführer (2).
- Wahl der Ordner (2).
- Wahl des Landeshauptmannes:
- Wahlvorschlag des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Koren (3).
- Parteienerklärungen:
- Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (3), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (4), Abg. Leitner (5), Landesrat Wegart (8).
- Wiederwahl des Landeshauptmannes Josef Krainer (9).
- Erklärung des Landeshauptmannes Krainer (9).
- Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung:
- Verlesung der Wahlvorschläge durch den 1. Präsidenten Dr. Kaan (13).
- Wahl des Abg. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, des Oberregierungsrates Dr. Friedrich Niederl, des Abg. Anton Peltzmann und des Abg. Franz Wegart (alle ÖVP).
- Wahl des Abg. DDr. Alfred Schachner-Blazizek, des Abg. Hans Bammer, des Abg. Josef Gruber und des Abg. Adalbert Sebastian (alle SPÖ) (13).
- Wahl der vom Bundesland Steiermark in den Bundesrat zu entsendenden Mitglieder (13).
- Wahl der Ausschüsse des Landtages (14).

Beginn der Sitzung: 15.30 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Hoher Landtag! Am 14. März 1965 haben die Wahlen zum Steiermärkischen Landtag stattgefunden.

Gemäß § 11 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 eröffne ich als bisheriger Präsident die 1. Sitzung des neugewählten Landtages und begrüße alle Erschienenen auf das herzlichste.

Mit dieser Sitzung beginnt die VI. Periode des Steiermärkischen Landtages.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Landtag vertretenen Parteien berufe ich gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer die Abgeordneten

Ritzinger, Lind, Brandl, Lendl.

Gemäß § 11 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes und § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der ersten Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abg. Ritzinger zu mir heraufzukommen, die Angelobungsformel und dann die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Die Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, sich zu diesem Zwecke von den Sitzen zu erheben. (Verlesung der Angelobungsformel und der Namen der Abgeordneten durch Abg. Ritzinger). Mit den Worten „Ich gelobe“ leisten folgende Abgeordnete die Angelobung:

Afritsch Anton, Aichholzer Friedrich, Bammer Hans, Brandl Hans, Buchberger Rupert, Burger Siegmund, Egger Edda, Feldgrill Franz, Fellingner Johann, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Dipl.-Ing. DDr. Götz Alexander, Gross Hans, Gruber Josef, Hegenbarth Josef, Heindinger Gerhard, Hofbauer Bert, Ileschitz Franz, Jamneg Johanna, Dipl.-Ing. Juvancic Hans, Dr. Kaan Richard, Dr. Klausner Christoph, Klobasa Alois, Ing. Koch Hans, Koller Franz, Univ.-Prof. Dr. Koren Hanns, Krainer Josef, Lackner Karl, Lackner Vinzenz, Lafer Alois, Leitner Franz, Lendl Hella, Lind Josef, Loidl Josef, Maunz Anton, Meisl Josef, Neumann Johann, Nigl Anton, Pabst Johann, Peltzmann Anton, Dr. Pittermann Josef, Pölzl Heribert, Prenner Karl, Psonder Stefanie, Dr. Rainer Alfred, Ritzinger Hermann, DDr. Schachner-Blazizek Alfred, Dipl.-Ing. Schaller Hermann, Scheer Franz, Schlager Josef, Schrammel Josef, Sebastian Adalbert, Stöffler Josef, Wegart Franz, Wuganigg Viktor, Zagler Anton, Zinkanell Josef.

Präsident: Es haben nun alle Abgeordneten die Angelobung geleistet.

Die weitere Tagesordnung wurde Ihnen mit der heutigen Einladung bekanntgegeben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mittels Stimmzetteln vorzunehmen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Wahl des Landeshauptmannes mit Stimmzetteln und die übrigen heute laut Tagesordnung durchzuführen.

renden Wahlen durch Erheben einer Hand vorzunehmen.

Wer für diesen Vorschlag des Wahlvorganges stimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Wahl des 1. Landtagspräsidenten.

Ich ersuche den bisherigen 2. Landtagspräsidenten Herrn Abg. Afritsch, den Vorsitz zu übernehmen.

2. Präsident Afritsch: Als derzeitiger 2. Präsident des Steiermärkischen Landtages übernehme ich den Vorsitz.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt „Wahl des 1. Landtagspräsidenten“. Ich ersuche Herrn Landeshauptmann Krainer um einen Vorschlag.

Landeshauptmann Krainer: Ich schlage vor, zum 1. Präsidenten des Steiermärkischen Landtages Dr. Kaan zu wählen.

2. Präsident Afritsch: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich frage Dr. Kaan, ob er die Wahl annimmt.

Präsident Dr. Kaan: Unter Beziehung auf das von mir geleistete Gelöbnis als Abgeordneter nehme ich die Wahl an.

2. Präsident Afritsch: Ich übergebe dem neugewählten Landtagspräsidenten den Vorsitz. (Präsident Dr. Kaan übernimmt den Vorsitz.)

1. Präsident Dr. Kaan: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ihr Votum ehrt mich sehr und verpflichtet mich tief, vor allem zum Dank dafür, daß Sie mich ein zweites Mal und nun für eine neue Gesetzgebungsperiode in dieses hohe Amt berufen. Sodann verpflichtet mich Ihre Wahl, mein Versprechen zu erneuern, daß ich immer das Amt so führen werde, wie es mir mein Gewissen und das Gesetz befiehlt.

Ich werde aber meine Aufgabe, die Würde und das Ansehen des Hohen Hauses in diesen fünf Jahren zu wahren, nur dann erfüllen können, wenn auch weiterhin Ihr Vertrauen mich stützt und Ihre Haltung mir hilft.

Mit dem Wahlgang vom 14. März d. J. erhielten wir alle den politischen Auftrag, uns den Zeitproblemen zu stellen und mit den Tagesfragen auseinanderzusetzen. Es kann daher nicht erwartet werden, daß in politisch bewegteren Zeiten die Spannungen und Wogen des öffentlichen Lebens vor dieser Landstube haltmachen werden. Gerade deshalb bitte ich Sie, immer dessen eingedenk zu bleiben, daß die vielhundertjährige Lebensdauer des Steiermärkischen Landtages und damit die Eigenständigkeit unseres Volkes letztlich nur dem zu danken ist, daß die in der Landstube versammelten Männer und Frauen gerade in den entscheidenden Stunden immer mit Ernst, Besonnenheit, Klugheit und innerer Geschlossenheit ihren Aufgaben gerecht wurden. Möge dereinst das Urteil über unsere Tätigkeit

in der VI. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages gleich gut lauten.

Wir kommen nun zur Wahl des 2. Landtagspräsidenten. Ich ersuche einen Sprecher der Sozialistischen Partei, einen Vorschlag zu erstatten.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ich schlage dem Herrn Präsidenten den bisherigen 2. Präsidenten, Herrn Abg. Anton Afritsch, für die Funktion des 2. Landtagspräsidenten vor.

1. Präsident Dr. Kaan: Sie haben den Wahlvorschlag gehört. Er lautet auf den Herrn Abg. Afritsch. Wer für diese Wahl ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß der Wahlvorschlag einhellig angenommen ist. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er die Wahl annimmt.

2. Präsident Afritsch: Ich danke für das Vertrauen und erkläre, daß ich die Wahl annehme.

Präsident Dr. Kaan: Entsprechend der Zusammensetzung des neugewählten Landtages fällt der 3. Präsident der Fraktion der Österreichischen Volkspartei zu. Ich ersuche einen Sprecher dieser Fraktion um einen Vorschlag. Herr Landeshauptmann Krainer macht einen Vorschlag.

Landeshauptmann Krainer: Ich schlage den Abg. Koller zum 3. Landtagspräsidenten vor.

Präsident Dr. Kaan: Sie haben den Vorschlag der ÖVP gehört. Ich bitte diejenigen, die für diese Wahl stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist nun der Herr Abg. Koller zum 3. Präsidenten des Landtages gewählt. Ich frage ihn, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

3. Präsident Koller: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Präsident Dr. Kaan: Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer und Ordner.

Nach § 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte 4 Schriftführer und Ordner.

Ich schreite zuerst zur Wahl der Schriftführer. Mir liegen im Einvernehmen mit den Obmännern folgende Wahlvorschläge vor:

Die Abgeordneten Ritzinger, Lind, Brandl und Lendl als Schriftführer zu wählen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, ein Händenzeichen zu geben. (Geschieht.) Es erscheinen nun die vier von mir Angeführten als Schriftführer gewählt.

Als Ordner schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern zur Wahl vor:

Die Abgeordneten Karl Lackner, Schrammel, Zagler und Vinzenz Lackner.

Wer mit diesem Wahlvorschlag einverstanden ist, möge gleichfalls die Hand erheben. (Geschieht.) Es sind somit die vier von mir Angeführten als Ordner gewählt.

Wir kommen nun zur Wahl des Landeshauptmannes. Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

Das Wort hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. K o r e n.

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich habe die Auszeichnung und den ehrenvollen Auftrag, im Namen der Landtagsfraktion der Österreichischen Volkspartei den Antrag zu stellen, den in den vergangenen 5 Legislaturperioden gewählten Landeshauptmann Josef K r a i n e r auch für diese 6. Legislaturperiode zum Landeshauptmann von Steiermark zu wählen.

Präsident Dr. Kaan: Liegen Wortmeldungen vor? Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek hat sich zu Wort gemeldet.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mit dieser ersten Sitzung des neugewählten Landtages beginnt das dritte Jahrzehnt politischer Geschichte unseres Landes in der zweiten Republik. Die steirische Bevölkerung hat uns, die wir uns in dieser gewichtigen Stunde in unserer ehrwürdigen Landstube versammelt haben, in freier Wahl berufen, die Aufgaben unseres Landes in den ersten fünf Jahren dieses dritten Jahrzehnts als Vertreter unseres Volkes wahrzunehmen.

Jeden von uns bewegt zweifellos ein Gefühl der Dankbarkeit für das Vertrauen, das uns damit zuteil geworden ist, und jeder von uns bekennt sich zu der Aufgabe sowohl als auch zu der Verantwortung, die ihm damit übertragen wurde. Es ist ein schönes Land, das wir zu verwalten haben, es sind die Interessen vieler Menschen, die uns aufgetragen sind, und es sind lebenswichtige Aufgaben, die wir für das Land und für die Menschen dieses Landes zu besorgen haben.

In den zwanzig Jahren, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen sind, haben Politik und Wirtschaft und Leben jene Fundamente neugefügt und jene geltende Ordnung geschaffen, die auf die über viele Jahrhunderte zurückreichende Vergangenheit des Landes und des gemeinsamen Lebens seiner Bevölkerung gegründet sind und auf denen auch wir als verantwortliche Politiker nunmehr weiterzubauen haben.

Namens meiner Fraktion möchte ich ein klares und ein eindeutiges Bekenntnis zu den uns von den Wählern anvertrauten Pflichten ablegen. Wir werden alle Aufgaben, die uns im Landtag und in der Regierung obliegen, gewissenhaft erfüllen, die Gesetze beachten und uns mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften für das Wohl des Landes und der Bevölkerung einsetzen. Wir werden bemüht sein, den Willen der rund 297.000 Wählerinnen und Wähler zu vertreten, die uns ihre Stimme gegeben haben. Es beseelt uns der Wunsch, sie gut zu vertreten und ihre Interessen nachdrücklich wahrzunehmen. Aber wir wissen darüber hinaus, daß die Regierung und der Landtag dem ganzen Volk zu dienen haben und wir werden uns daran halten und

jederzeit für alle unsere Mitmenschen ausnahmslos da sein. Es liegt uns sehr am Herzen, in der vor uns liegenden Landtagsperiode den Aufbau unserer Heimat fortzusetzen und in gemeinsamer Arbeit mit den anderen Parteien so viel als möglich für das Land und seine Menschen zu leisten. Wir wissen, daß wir ungezählte große und kleine Aufgaben zu bewältigen haben. Es gilt, endlich die Wohnungsnot zu überwinden, allen Menschen eine ausreichende und ordentliche Wohnung zu sichern und die vielen Baracken und Elendswohnungen zu beseitigen. Wir haben größte Aufgaben auf dem Gebiete des Straßenbaues, um den Erfordernissen des gegenwärtigen und des zukünftigen Verkehrs gerecht werden zu können und die Frostaufbrüche und viele andere Erscheinungen des heurigen Winters unterstreichen das unabdingbare Maß unserer Pflichten auf dem Gebiet der Straßenerhaltung.

Es ist notwendig, der Modernisierung und der Rationalisierung unserer Betriebe, der Erhaltung ihrer Leistungs- und ihrer Konkurrenzfähigkeit auch in einem größeren Wirtschaftsraum unser besonderes Augenmerk zu schenken und die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und in weiten Teilen unseres Landes neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir müssen alles daran setzen, um den Fremdenverkehr auszubauen und fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen überall in die Wege zu leiten, wo dies überhaupt mit Aussicht auf Erfolg geschehen kann.

Unserer Landwirtschaft muß wirksam und strukturerbessernd geholfen werden.

Wir haben große soziale Aufgaben zu erfüllen, und es ist notwendig, der geistigen und der kulturellen Leistung mit allen nur denkbaren Hilfen zur Seite zu stehen.

Wir müssen die wichtige Arbeit unserer Gemeinden unterstützen, wo wir nur können, und es türmen sich, meine Damen und Herren, Aufgaben über Aufgaben auf allen Gebieten des Lebens.

Wir Sozialisten sind gewillt und entschlossen, an alle diese Aufgaben heranzugehen und sie zusammen mit Ihnen allen, meine Damen und Herren, so rasch und so gut als irgend möglich der gebotenen Lösung zuzuführen. Wir werden ehrlich und korrekt mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. Wir glauben, daß diese Zusammenarbeit im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung absolut und in der Zukunft genauso geboten sein wird, wie sie bisher geboten war. Sie ist im Interesse des Fortschrittes in allen sachlichen und wirtschaftlichen Fragen notwendig und sie ist im Interesse der Erhaltung unseres Landes und unseres Staates auch auf politischem Gebiet unabdingbar, und gerade die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, wie sehr sie uns allen am Herzen liegen muß, um für uns alle eine glückliche und ruhige Zukunft zu sichern.

Von dem Wunsch nach gegenseitigem Vertrauen und nach echter Zusammenarbeit lassen wir uns auch bei den in der heutigen Sitzung vorzunehmenden Wahlen leiten. In demokratischer Gesinnung sind wir bereit, den Vorschlag der stärksten Fraktion des Hauses bei der Wahl des Landeshauptmannes zu akzeptieren.

Die Parteienverhandlungen über die Referateinteilung der Landesregierung und die Regelung

gen über die anderen mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen konnten zwar noch nicht abgeschlossen werden, aber wir geben der Hoffnung und der Zuversicht Ausdruck, daß eine für die Parteien tragbare und dem Land dienende Vereinbarung zustande kommen wird. Im Vertrauen darauf und in Beachtung parlamentarischer Gepflogenheit, aber auch in Würdigung aller anderen Umstände werden wir für die Wiederwahl des Landeshauptmannes Ökonomierat Josef Krainer stimmen. Wir werden auch bei der Wahl der anderen Regierungsmitglieder und bei den sonstigen Wahlen der heutigen Sitzung den Vorschlägen der zur Erstattung berechtigten Fraktionen zustimmen.

Wir beginnen, meine verehrten Damen und Herren, die Arbeit in der neuen Funktionsperiode des Landtages im festen Vertrauen auf eine sachliche und korrekte Zusammenarbeit. Wir erwarten, daß auch unsere Rechte und der Auftrag, den wir für unsere Wähler zu erfüllen haben, respektiert werden, und wir wünschen aufrichtigen Herzens, daß es dem Landtag und der Landesregierung gelingt, in den vor uns liegenden Jahren gemeinsamer Arbeit das Beste für die Steiermark zu leisten und das Möglichste beizutragen, damit das dritte Jahrzehnt steirischen Lebens in der zweiten Republik eine Zeit der Blüte, des Aufstieges und eine Zeit des Glückes für unser Volk wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter DDr. Dipl.-Ing. Götz, ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Dipl.-Ing. Götz: Hoher Landtag! Die Freiheitliche Partei Österreichs ist in den vergangenen Landtagswahlkampf mit einer grundsätzlichen Auffassung über die Politik im allgemeinen und über Aufgaben und Ziele der steirischen Politik im besonderen eingetreten. Vor allem zählt dazu die Hauptaufgabe, all jene Benachteiligungen zu beseitigen, denen die Steiermark gegenüber anderen Bundesländern und den Wiener Zentralstellen ausgesetzt ist, gleichgültig, ob es sich um Probleme des Finanzausgleichs, um das große und wichtige Gebiet der Wohnbautätigkeit, um die Frage der Verkehrsverbindungen oder um andere Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Steiermark handelt. Wir haben aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir für die freie Entfaltung von Initiative, Verantwortungsfreude und Leistungswillen mit allen Mitteln einzutreten bereit sind.

Im besonderen haben wir der Jugend unseres Landes vor Augen gehalten, daß es keinesfalls darum geht, ihr am laufenden Band Rechte zu versprechen, sondern vielmehr notwendig ist, sie durch Übertragung von Pflichten an das gemeinsame Schicksal unseres Landes zu binden. Der Wahlkampf wurde von unserer Seite fair, sachlich und mit jener demokratischen Toleranz geführt, die Voltaire im Gespräch mit seinem Freund etwa in die Worte gekleidet hat: „Du hast zwar unrecht, doch werde ich bis zuletzt dafür eintreten, daß du deine Meinung sagen kannst.“

Andere Fraktionen dieses Hauses haben diesen Wahlkampf anders geführt, mit Mitteln und Formen, die wir nicht zu übernehmen bereit sind, auch dann nicht, wenn sie Augenblickserfolge eher er-

möglichen, wie dies der Wahlausgang bewiesen hat. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß gerade in einer Wahlwerbung der Wille zum Ausdruck kommen muß, mit besseren Argumenten zu überzeugen, nicht aber mit mehr Macht zu überstimmen. Es wird an Gelegenheiten nicht fehlen, auf diese Frage näher einzugehen.

Der Ausgang der Wahl hat der Freiheitlichen Partei Stimmenverluste und mit der Ungunst der Wahlarithmetik auch den Verlust eines Mandates gebracht. Er hat uns daher die Erfüllung der Aufgabe erschwert, die einer konstruktiven Opposition mit der Kontrolltätigkeit gestellt ist, nicht aber hat er diese Aufgabe verändert. Die Respektierung des Willens der Wählerschaft bedeutet daher für uns, erst recht nachhaltig und deutlich die Einrichtung und Bedeutung einer Opposition in der Demokratie durch unsere Tätigkeit unter Beweis zu stellen. Wir hoffen dabei, daß sich unsere Befürchtung im Zusammenhang mit der absoluten Mehrheit einer Partei nicht bewahrheiten möge und die Österreichische Volkspartei erkennt, daß absolute Mehrheit nicht nur absolute politische Möglichkeiten, sondern auch absolute Verantwortung bedeutet. In den Besprechungen, die dieser Konstituierung vorausgegangen sind, kam die Bereitschaft zum Ausdruck, der Freiheitlichen Partei im Rahmen des Kontrollausschusses jenes Kontrollrecht zuzugestehen, das zu den wesentlichsten Aufgaben einer Opposition gehört. Wenn wir daher heute den Landeshauptmann, die Organe der Regierung und des Landtages mitwählen, so tun wir dies unter der Voraussetzung, daß dieses Kontrollrecht erweitert und nicht verhindert wird. Wir tun es aber auch in der Anerkennung demokratischer Gepflogenheiten, die nach einer Wahl zur Arbeit aller Abgeordneten für alle Steirer führen soll. Die Einstellung der anderen Mitglieder dieses Hohen Hauses zu unserer Arbeit wird so wie bisher auch in Hinkunft für die Art und Form derselben maßgeblich sein.

Hohes Haus! Am Beginn einer fünfjährigen Arbeitsperiode ist es sicherlich angebracht, auch darauf hinzuweisen, daß neben der Vielfalt routinemäßiger Tätigkeit im Rahmen der Landesverwaltung auch die Verantwortung dafür gegeben ist, im besten Sinne des Wortes „politisch“ zu handeln, d. h. die Entwicklungsziele des steirischen Gemeinwesens abzustecken und ihre Erreichung zu ermöglichen. Der Steiermärkische Landtag trägt also die Verantwortung dafür, nicht nur den vorhandenen Bestand zu verwalten, sondern auch die Probleme unserer Zeit für die künftige Entwicklung zu ordnen. Wenn in diesen Wochen das wirtschaftliche Gefüge unseres Staates wieder einmal durch das Lohn-Preis-Problem erschüttert wird, so könnte durch eine steirische Initiative gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein wesentlicher Beitrag zur Lösung dieser Frage geleistet werden. Deshalb haben wir eine Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages zu dieser Frage beantragt. Übersehen sollte man dabei nicht, daß auch darin eine Auswirkung jener Entwicklung gesehen werden kann, die in der Neuformung der Industriegesellschaft, in den Auswirkungen der dritten industriellen Revolution besteht. In einer Zeit, die einerseits durch eine zufriedene Behäbigkeit gekennzeichnet ist, vollzieht sich

andererseits eine Wandlung der Wertmaßstäbe unserer Gesellschaftsordnung, die ohne Beispiel ist.

Den geistigen Wertmaßstäben steht als neuer Maßstab der Besitz oder Erwerb materieller Güter gegenüber, dem Individualismus, der persönlichen Freiheit, der Persönlichkeitsbildung schlechthin, kollektive Gedanken in massivster Form. Hier die Aufgaben zu erkennen und dafür einzutreten, ist nach Auffassung von uns Freiheitlichen Inhalt jener Politik, die auch mit Recht diesen Namen verdient. Hier der Jugend unseres Landes den Freiheitsbegriff, den Wert der Persönlichkeit, den tragenden Gedanken von Initiative und Verantwortung mit auf ihren Weg zu geben, ist Dienst an der Zukunft, an einer Zukunft, die unserem Land und seiner Bevölkerung in Freiheit und Frieden geschenkt sein möge. Unsere Arbeit gilt diesem Ziel. (Beifall.)

Präsident: Zur Bemerkung des Redners, daß eine Sondersitzung des Landtages beantragt worden sei, habe ich richtigstellend zu bemerken, daß hierzu in der Geschäftsordnung vor Angelobung kein Raum war. Im übrigen bitte ich, die Bestimmungen der Geschäftsordnung hier einzuhalten.

Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter **Leitner**.

Abg. Leitner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Stimmen- und Mandatsgewinn der OVP bei der Landtagswahl hat in breiten Schichten der arbeitenden Menschen Besorgnis hervorgerufen. (Landeshauptmann **Krainger**: „Geh, geh!“) Durch den Gewinn des 29. Mandates errang die OVP die absolute Mehrheit im Landtag und kann in Hinkunft Mehrheitsbeschlüsse nicht nur mit Hilfe von Geschäftsordnungsbestimmungen herbeiführen.

Im Lichte dieses Wahlergebnisses zeigt sich jetzt die Behauptung der steirischen SP-Führung, daß mehr Stimmen für die Kommunisten nur der OVP nützen und der OVP die Erringung eines 29. Mandates und damit der absoluten Mehrheit erleichtern würden, als völlig absurd. Das Wahlergebnis hat diese Behauptungen Lügen gestraft. Es lag auf der Hand, daß die FPÖ ein Mandat bei diesen Landtagswahlen verlieren wird, aber die SPÖ dieses Mandat nicht gewinnen könne. Nur die OVP oder wir Kommunisten hatten dazu Aussicht. (Gelächter.) Die Kommunisten hätten dieses Mandat mit einem Stimmenzuwachs von nur 1300 Stimmen gewinnen können.

Aber das Ziel der steirischen SP-Führung war offensichtlich nicht so sehr einen Stimmen- und Mandatsgewinn der OVP und damit eine absolute Mehrheit der OVP im Landtag zu verhindern, sondern zu verhindern, daß die Kommunisten stärker werden, wie das DDr. Schachner-Blazizek beim Ausgang der Nationalratswahl im Jahre 1962 in aller Öffentlichkeit feststellte. Die SP-Führung hat durch diese Propaganda sicher viele, mit der Politik der SP-Führung unzufriedene Wähler abgehalten, diesmal kommunistisch zu wählen. Aber damit hat sie gleichzeitig den Mandatsgewinn der OVP ermöglicht.

Der Wahlausgang beweist, daß dies eine verhängnisvolle Politik ist. Dem gegenüber können auch noch so viele Glücksfäbchen, Jo-Jo-Spiele, Fenster-

schaber, kolorierte Bilder von SP-Landesräten nichts daran ändern. Gerade in den Wochen und Monaten vor der Landtagswahl brachte die Politik der sogenannten „Sozialpartnerschaft“, des Nachgebens der SP-Führung vor den Forderungen der Großunternehmer und Groß-Agrarier den arbeitenden Menschen fühlbare Belastungen. Eine ständig wachsende Teuerung, die Erhöhung der Grundsteuer, Enttäuschung bei den Rentnern und Pensionisten, das Ausbleiben der Versprechungen auf Abgeltung für die Preiserhöhungen und die Leistungssteigerungen.

Bei so entscheidenden Fragen wie der Lösung der Wohnungsfrage, der Sicherung des Arbeitsplatzes vertritt die SP keine wesentlich andere Politik als die ÖVP. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn vielen Arbeitern und Angestellten, besonders jungen, die keinen besonderen Unterschied zwischen der SPÖ und der ÖVP mehr sehen, das Übergewicht der steirischen ÖVP, ihr betont forsches Auftreten im Gegensatz zum ständigen Zurückweichen der SPÖ besser gefällt. Nur eine Politik, die die Interessen der arbeitenden Menschen konsequent vertritt und diesen zeigt, wem die Politik der ÖVP dient, auch wenn diese Politik dem sogenannten „Sozialpartner“, das heißt den Großunternehmern, nicht paßt, würde verhindern, daß die ÖVP bei Wahlen stärker wird.

Die ÖVP wird nun ihre Stärkung im Landtag dazu benutzen wollen, um ihren Druck zur Durchsetzung der Interessen des Großkapitals, der Reaktion, zu vergrößern. (Gelächter.) Sie wird neben ihrer Mehrheit im Landesschulrat, die sie schon bisher gehabt hat, nun auch im Grazer Stadtschulrat, der auf Grund der Landtagswahl zusammengesetzt wird, die stärkste Fraktion sein. Sie wird auf dem Gebiete des Schulwesens und auf anderen Gebieten versuchen, ihre Position auszubauen.

Die ÖVP wird versuchen, wie sie das schon bisher mit Erfolg tat, die SP zu gewinnen für eine „gemeinsame“ Politik im Landtag und in der Landesregierung auf der Basis der ÖVP-Wünsche, das heißt eine Politik, die die Industriegemeinden weiter benachteiligt, die im Wohnbau die Wohnungswerber stärker als bisher belastet und die sozialen Ausgaben, wenn schon nicht einschränkt, jedenfalls nicht erhöht, da ja nach Meinung der ÖVP der Bogen dafür schon zu sehr angespannt ist. Für eine solche gemeinsame Politik ist die ÖVP natürlich jederzeit bereit, daß Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek weiterhin Landesfinanzreferent bleibt. Schon mehrmals stellte die ÖVP in öffentlicher Landtagssitzung fest, sie bestimme die Landesfinanzpolitik und DDr. Schachner-Blazizek sei der Landeskassier.

Aber die ÖVP hat von ihren Wählern kein Mandat erhalten, die Teuerung fortzusetzen. In ihrer Wahlpropaganda ist auch sie nicht für Preiserhöhungen, sondern gegen die Teuerung aufgetreten, für mehr und billigere Wohnungen, für einen gesicherten Arbeitsplatz, für mehr und bessere Schulen usw. Sie hat also kein Mandat erhalten, das Gegenteil zu tun. Die SP kann also, und dabei wird sie immer meine und die Unterstützung meiner Partei haben, die ÖVP zwingen, zu ihren bei der Wahl gegebenen Versprechungen zu stehen. (Gelächter. — Zwischenruf von der SPÖ: „Das ist schön!“ — Lan-

desrat Wegart: „Der reißt euch heraus!“) Dazu wird es nicht nur notwendig sein, im Landtag oder in der Landesregierung zu reden, sondern der steirischen Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen und den Druck der Wähler von unten zu organisieren. Das ist demokratisch, das allerdings widerspricht der Politik der Sozialpartnerschaft.

Es ist bekannt, daß beide Regierungsparteien jedesmal vor Wahlen große Versprechungen machen, wobei sich dann aber immer wieder herausstellt, daß ein Großteil dieser Versprechen nicht eingehalten wird, sondern auf dem Papier bleibt.

Nach dem neuen Wohnbauprogramm der SPÖ sollen in den nächsten zehn Jahren 600.000 Wohnungen gebaut werden, das wären jährlich 60.000 Wohnungen, also um 10.000 mehr als bisher versprochen, aber nicht gebaut wurden. (Zwischenruf von der ÖVP: „In Steiermark?“) Nein, in ganz Österreich. Es ist bekannt, daß bisher statt der versprochenen 50.000 Wohnungen nicht einmal 40.000 gebaut wurden. Man sollte annehmen, daß man bedeutend mehr Mittel für diesen Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Aber bei der Bedeckung der Gehaltserhöhung der öffentlichen Bediensteten haben beide Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ gemeinsam, von den ohnehin unzureichenden Wohnbaumitteln weitere 100 Millionen Schilling weggenommen. Man kann sich also vorstellen, was aus den Versprechungen wird, wenn man noch berücksichtigt, daß außerdem die Preise für Baustoffe bedeutend gestiegen sind.

Auch die sogenannte Subjektförderung, wie sie die ÖVP vorschlägt, schafft weder mehr Wohnungen noch billigeren Wohnraum. Kinderreiche Familien und Familien mit kleinen Einkommen werden auf diese Weise auch in Zukunft kaum zu Neubauwohnungen kommen. Die Subjektförderung wird im Gegenteil für die große Masse der arbeitenden Menschen eine weitere Erhöhung der Baukostenzuschüsse und der Mietzinse zur Folge haben.

Auch wir sind, so wie die SPÖ, dafür, daß die 2000 Barackenwohnungen in Steiermark endlich verschwinden. Aber im Vorschlag der SP fehlt die Sicherung, daß diese Barackenbewohner Neubauwohnungen mit einem erschwinglichen Mietzins erhalten. Das scheint uns das Wichtigste! Das ist nur möglich, wenn die öffentliche Hand einen sozialen Wohnbau durchführen würde. Das mindeste wäre, daß die Wohnungen zu den Bedingungen des Wohnhauswiederaufbaufonds gebaut würden, d. h. zinsenloser Kredit mit einer Laufzeit von 75 Jahren. Dann würden die Mietzinse noch immer 300 bis 400 S betragen. Ich glaube, mehr kann man einer Familie mit einem kleinen Einkommen nicht zumuten.

- Ich möchte heute noch einmal den Anlaß wahrnehmen, um die Forderungen der öffentlich Bediensteten, besonders der Landesbediensteten, zu unterstützen. Ich war bei den letzten Budgetberatungen in diesem Hause leider der einzige, der die Forderung auf Vollvalorisierung der Gehälter, besonders der niedrigen und mittleren Gehaltsempfänger, vertreten hat. Ich verlange auch heute wieder dringend die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel. Die durch die Konjunkturlage vermehrten Budgeteinnahmen ermöglichen es, die berechtigten Forderungen der öffentlich Bediensteten zu erfüllen, ohne Erhöhung von Tarifen, Erhöhung des

Zigarettenpreises und Kürzung von Förderungsmitteln. Die Regierungsparteien wollen für die neuen Preiserhöhungen die öffentlich Bediensteten verantwortlich machen. Aber schuld an dieser Teuerung sind nicht diese Gehaltserhöhungen, sondern u. a. die ununterbrochene Erhöhung des Heeresbudgets.

Viele steirische Straßen sind durch die Frostaufbrüche heute in einem verheerenden Zustand, dadurch wird nicht nur der allgemeine Straßennotstand vergrößert, sondern es entsteht eine zusätzliche Gefahr für das Leben der Verkehrsteilnehmer. Der desolatte Straßenzustand ist nicht nur auf den Frost des heurigen Winters zurückzuführen, sondern hängt auch mit der ungenügenden Pflege der Straßen zusammen. Nicht das Streusalz ist schuld! Die Baubezirksleitungen und andere Behörden verfügen nicht über die notwendigen Geräte, Arbeitskräfte und Geldmittel. Dem Landtag müßte schon in seiner nächsten Sitzung Bericht erstattet werden über den Straßenzustand, über die zusätzlich zur Verfügung gestellten finanziellen Beträge zur Behebung der Schäden, über Termine, bis wann die Schäden behoben werden, und über geplante Vorbeugungsmaßnahmen, damit in Zukunft ein solches Ausmaß von Schäden, wie wir sie jetzt haben, nicht mehr auftritt.

Ich möchte auch noch das dringende Anliegen der Eisenerzer Bevölkerung zur Sprache bringen, die Präbichl-Nordrampe. Der Bau der Präbichl-Straße müßte heuer zügig fortgesetzt werden. Das Land und die Regierungsparteien müssen auch in Wien mit dem nötigen Nachdruck dafür eintreten, was sie ihren Wählern versprochen haben.

In der letzten Zeit wird über den steirischen Kohlenbergbau wieder Pessimismus verbreitet. Der Kohlenbergbau könnte gesichert werden, wenn die Bundesregierung den längst versprochenen Energieplan endlich beschließen und verwirklichen würde. Der Strombedarf steigt jährlich um 7 bis 8%. Da ein Viertel des Stromes von kalorischen Kraftwerken erzeugt wird, geht es darum, zu sichern, daß der kalorische Strom nicht mit Öl, sondern mit Kohle erzeugt werden muß. Braunkohle gibt es in der Steiermark mehr als genug. Selbst wenn einige Bergwerke in der Weststeiermark in 7 bis 10 Jahren, wie es heißt, ausgekohlt sind, gibt es in unmittelbarer Nähe der jetzigen Gruben große abbaufähige Flöze, die aber rechtzeitig aufgeschlossen werden müssen. Wie in der Landeskonzferenz der Metall- und Bergarbeiter mitgeteilt wurde, besteht die Absicht, daß sowohl die STEWEAG wie die Draukraftwerke kalorische Kraftwerke auf Ölbasis bauen wollen. Die STEWEAG begründet dies bekanntlich damit, daß die Alpine keine langfristigen Lieferverträge für die Kohle übernehmen will. Die Alpine ist aber ein verstaatlichtes Unternehmen. Die Leitung wird direkt von beiden Regierungsparteien ausgeübt. Der Generaldirektor ist der Präsident der steirischen Handelskammer, der ÖVP-Funktionär Dr. Roth. Der für den Bergbau zuständige Direktor gehört der SPÖ an. An ihnen liegt es, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Sie sind dafür verantwortlich, daß der Bergbauplan der Gewerkschaft durchgeführt wird. Dazu gehört u. a. auch, daß die 40-Stunden-Woche im Bergbau eingeführt wird.

Bei den im Gange befindlichen Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich müßte von seiten des Landes gedrängt werden, daß den Ländern und Gemeinden die Mittel der Bundes-Wohnbaufonds übergeben werden. Weiters, daß die Einnahmen der Mineralölsteuer und aus dem Zuschlag zu dieser Steuer zugunsten der Länder und Gemeinden neu umverteilt werden, damit diese endlich ihre Straßen in einen ordentlichen Zustand bringen können. Äußerst wichtig ist auch, daß die Gemeinden mehr Mittel für den Schulbau bekommen, weil ihnen durch die Einführung des 9. Pflichtschuljahres große zusätzliche Lasten aufgebürdet werden. Die Schulverhältnisse in unserem Lande sind sowieso triste, da noch immer ca. 40% der 10- bis 14jährigen 8 bzw. 9 Jahre lang 1-, 2- und 3klassige Volksschulen besuchen müssen.

Ich schlage weiters vor, daß die Landesumlage abgeschafft wird. Sie wurde 1948 eingeführt, als sich die Länder in einer finanziell schwierigen Notlage befanden. Heute hat sich die Situation zugunsten der Länder geändert. Die Gemeinden, von denen die Landesumlage eingehoben wird, befinden sich mit wenigen Ausnahmen in einer schwierigen finanziellen Situation. Durch die Auflassung der Landesumlage würden den steirischen Gemeinden ca. 90 Millionen Schilling mehr verbleiben.

20 Jahre nach dem Wiedererstehen der zweiten Republik bekennt sich die Mehrheit unseres Volkes zur nationalen Eigenständigkeit Österreichs, zur österreichischen Nation. Die Politik der Neutralität, die mit dem Abschluß des Staatsvertrages im Mai den 10. Jahrestag feiert, hat sich nicht nur als wirtschaftlich vorteilhaft herausgestellt, sondern das Ansehen Österreichs in der Welt, im Osten und Westen, erhöht. Trotzdem mehrten sich 20 Jahre nach dem Ende des großdeutschen Reiches und des Hitler-Faschismus die neonazistischen Umtriebe. Organisierte Rollkommandos nach dem Vorbild der SA und SS überfielen eine antifaschistische Demonstration gegen den Professor Dr. Borodajkewycz, der sich offen zum Nazismus bekannte. Ein österreichischer Patriot wurde von Neonazis ermordet. Nach den aus der Vergangenheit bekannten Nazimethoden wurden Böller und Stinkbomben geworfen. Viele fragen, wieso gibt es heute in Österreich wieder planmäßig organisierte großdeutsche und antisemitische Umtriebe. Das kommt daher, weil sowohl von der ÖVP als auch von der SPÖ, um Wählerstimmen zu fangen, dem nazistischen Ungeist nicht konsequent entgegengetreten wurde, weil er sich besonders an unseren Hochschulen wieder einnisten konnte oder noch gar nicht vertrieben wurde und weil es in beiden Regierungsparteien einflußreiche Kreise gibt, die selbst Großdeutsche sind, mehr oder weniger versteckt gegen die Neutralität Österreichs auftreten, die Gefahren des Neonazismus leugnen oder bagatellisieren.

Ich möchte einige Beispiele dafür anführen: 1949 wurde der deutschnationale VDU zugelassen, bei dessen Gründung der damalige SP-Innenminister Helmer mitwirkte. Damit wurde der Deutschnationalismus wieder salonfähig gemacht. Es blieb nicht beim VDU und seiner Nachfolgepartei, der FPÖ, sondern es entstand ein ganzes Netz von deutschnationalen Organisationen. Dazu gehören zahlreiche

Burschenschaften, schlagende Verbindungen, der sogenannte „österreichische“ Turnerbund, der ebenso „österreichische“ Alpenverein („Zwischenruf: „Das ist unerhört!“), verschiedene Soldatenbünde, das „Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes“ usw. Im sogenannten „Ausseer Programm“ des VDU, das am 16. Mai 1954 beschlossen wurde, hieß es: „Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volke dienen.“ In den Erläuterungen zum Programm der FPÖ, die am 27. September 1958 in der „Neuen Front“ erschienen, heißt es: „Die vornehmste unserer Aufgaben ist die Abwehr aller Bestrebungen, die auf Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind. Wir haben in den deutschen Österreichern das Bewußtsein wachzuhalten, ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein.“

Der Turnerbund, der sich „österreichisch“ nennt, hat das Erbe des nazistisch-deutschen Turnvereines angetreten. Dort sorgen so wie einst „Dietwarte“ für die völkische Erziehung der ihnen ausgelieferten Jugend. Im Juli 1960 veranstaltete dieser Turnerbund in Graz ein Bundesturnfest. (Abg. Scheer: „Schrecklich.“) In einem bei diesem Anlaß aufgeführten Festspiel rief ein Sprecher: „Doch über allem, hoch über allem, da steht nur ein Begriff: Das deutsche Volk!“ Diese gegen Österreich gerichtete Kundgebung wurde von der steirischen Landesregierung mit 300.000 S und von der Gemeinde Graz mit 150.000 S subventioniert. (Zwischenruf: „Hinter euch stehen die Chinesen!“) Bei Soldatentreffen der Kameradschaftsbünde treten Politiker der ÖVP und FPÖ, aber auch der SPÖ auf. Die Tradition der Hitler-Wehrmacht, die von den Soldatenbündlern hochgehalten wird, ist keine österreichische. (Abg. Scheer: „Wo waren denn Sie im Krieg, Herr Leitner?“) Im Konzentrationslager. Selbst der Verfassungsgerichtshof hat ausgesprochen, daß diese Pflege der Tradition der ehemaligen deutschen Wehrmacht rechtswidrig und staatsgefährlich ist.

Allen ist noch der Angriff des sogenannten „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“ gegen den Direktor der Grazer Lehrerbildungsanstalt, Dr. Göbhart, in Erinnerung, und daß anfänglich auch führende Politiker der ÖVP und SPÖ Steiermarks auf Seite der deutschnationalen Provokateure standen. Man kann auch nicht darüber hinweggehen, daß ein Dr. Hjalmar Mäe, der Hitlers Statthalter in Estland war, einen höheren Beamtenposten in der steirischen Landesregierung einnimmt und in Vorträgen vor allem junge Menschen beeinflusst. In dieses Bild paßt auch, daß die steirische Landesregierung dem ehemaligen Kulturbbeauftragten Hitlers in Steiermark, Dr. Papesch, den Rosegger-Preis zugesprochen hat. Die Gemeinde Graz hat Dr. Papesch vor kurzem sogar das Bürgerrecht verliehen. (Abg. Scheer: „Machen Sie doch endlich einmal einen Strich unter die Vergangenheit, Herr Leitner!“)

Im Kampf für Österreichs Unabhängigkeit und Neutralität, gegen Großdeutschtum, Revanchismus und Antisemitismus gelten die üblichen Grenzziehungen zwischen den Parteien nicht. Die Trennungslinien verlaufen anders. Auf der österreichischen Seite steht die Mehrheit der Sozialisten, Katholiken und die Kommunisten. Auf der deutschnationalen

Seite steht die FPÖ, stehen die deutschnationalen Verbände, aber auch Funktionäre der ÖVP und der SPÖ. (Abg. Scheer: „Das ist ein Märchen!“) Daraus muß man Schlußfolgerungen ziehen, handelt es sich doch dabei um eine zentrale Frage der österreichischen Politik. Es wird keine weiteren Opfer mehr geben, wenn die Demokraten zusammenstehen und wenn die leitenden Stellen ihre Pflicht erfüllen. (Abg. Scheer: „Wir sind Demokraten, darauf können Sie sich verlassen!“) Man muß in Österreich reinen Tisch machen, an den Hochschulen und mit der gesamten Politik, die zu den politischen Exzessen geführt hat.

Abschließend möchte ich zur Wahl der Landesregierung und des Landeshauptmannes folgende Feststellung machen: Nach wie vor ist Landeshauptmann Krainer ein Exponent der Rechtsradikalen in der ÖVP. (Gelächter.) Deshalb kann ich nicht für ihn stimmen. Bei der Wahl der übrigen ÖVP-Mitglieder der Landesregierung werde ich mich der Stimme enthalten. Für die SPÖ-Landesräte werde ich so wie bisher stimmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Wegart. Ich erteile es ihm.

Landesrat Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf, bevor ich eine grundsätzliche Stellungnahme zum Wahlergebnis und zu unserer Arbeit in der kommenden Legislaturperiode abgebe, nur eine Anmerkung zu den Ausführungen des Abg. Leitner machen: Herr Abg. Leitner, Sie sind der Vertreter einer Partei, die in vielen Staaten Europas und in der Welt regiert und die Macht hat. Solange in diese Staaten, in denen der Kommunismus an der Macht ist, Leute, die eine andere Meinung vertreten, eingekerkert und eingesperrt werden, möchten wir es uns grundsätzlich verbieten haben, von Ihnen einen Anschauungsunterricht in Demokratie entgegenzunehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die höchste Instanz in diesem Lande, der Wähler, hat am 14. März 1965 der Volkspartei die absolute Mehrheit gegeben. Es wäre sicherlich Anlaß, sich darüber mehr als zu freuen. Aber ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir uns alle bewußt sind, daß diese Entscheidung, die 341.000 Wähler an diesem Wahlsonntag zugunsten der Volkspartei getroffen haben, uns zu vermehrten Anstrengungen verpflichtet. Es ist der Führungsanspruch im Landtag und in der Landesregierung größer geworden, es ist aber auch die Verantwortung größer geworden. Wir sind bereit, gerne bereit, diese Verantwortung zu tragen, und wir möchten ausdrücklich sagen, diese Verantwortung zu tragen mit allen in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien, die auf dem Boden der Demokratie und auf dem Boden der Republik stehen. Wir sind der Meinung, daß die Probleme, die vor uns liegen, der Anstrengung aller bedürfen werden, wenn wir sie lösen wollen.

Wir glauben daher, ein Recht zu haben, Sie alle um Ihre Mitarbeit zu ersuchen. Wir sind auch so weit gegangen und haben einem Vertreter der Freiheitlichen Partei die Möglichkeit eingeräumt, im Kontrollausschuß die Obmannstelle zu übernehmen, um damit auch hier die Mitarbeit, und vor allem —

worauf wir so großen Wert legen — die Kontrolle entsprechend auszuüben. Aber für meine Partei möchte ich sagen: Auf unseren Bänken sitzt der Metallarbeiter der Alpine neben dem Universitätsprofessor, der Gewerkschaftssekretär neben dem Industriellen, der Bauer neben dem Wirtschafttreibenden. Wir wollen daher ausdrücklich sagen, daß wir damit als eine moderne Volkspartei nicht einen Stand und nicht eine Klasse in diesem Hause vertreten, sondern daß wir die ganze steirische Bevölkerung vertreten und repräsentieren.

Wir möchten aber auch angesichts der erhöhten Verantwortung feststellen, daß wir auch in den kommenden Jahren dafür sorgen werden, daß das politische Klima in diesem Lande gut ist. Die Steiermark hat in all den Jahren ein gutes politisches Klima gehabt und wir wollen sagen, daß wir eine Politik der Besonnenheit, der Vernunft und des Maßes machen wollen, weil wir glauben, daß wir damit am besten der steirischen Bevölkerung dienen. Wir wollen aber besonders hervorheben, daß die Eigenständigkeit der Länder in den Vordergrund zu rücken ist, mehr als bisher.

Dem Würgegriff des Zentralismus ist alles entgegenzusetzen, was wir nur können. Wir sagen, Zentralismus soviel als notwendig, aber Föderalismus soviel als möglich. Wenn uns etwa gesagt wird, an welche Adresse das gerichtet ist, dann sage ich es auch frei heraus; nicht nur an die Adresse etwa der Minister der gegnerischen Partei, auch an die Adresse der eigenen Parteifreunde in Wien, weil wir der Meinung sind, hier muß gesorgt werden, daß der Föderalismus in den eigenständigen Bundesländern — diese Republik ist ein Bundesstaat — bestehen bleibt. Wir wollen aber auch künftighin in der neuen Legislaturperiode einen echten Meinungsstreit mit allen im Landtag vertretenen Parteien herbeiführen. Wir wollen um das Beste ringen. Wenn vielleicht da und dort in einer Zeitung zu lesen steht, hier wurde gezankt und gestritten, dann wollen wir sagen, es ist eben das Grundgesetz der Demokratie, daß diskutiert wird, daß um die bessere Lösung und um den besseren Vorschlag gearbeitet wird.

Wir haben diesen Wahlkampf nicht um die Vergangenheit geführt, sondern um die Zukunft. Die jungen Menschen fragen uns, welcher Weg vor ihnen liege. Wenn wir noch mehr leisten und uns noch mehr anstrengen als bisher, dann wird es ein guter Weg sein. Allen Menschen dieses Landes, den hunderttausenden Arbeitern, den zehntausenden Beamten und Angestellten, den Bauern und Gewerbetreibenden und vor allem auch den Wissenschaftlern und Professoren, den geistigen Kräften dieses Landes wollen wir die Versicherung geben: es ist unser Ziel, dieses Land zu einem Musterland in unserer österreichischen Heimat zu machen. Wir wollen, wenn wir Rechenschaft darüber abzulegen haben, wie unsere Arbeit ausgesehen hat, allen Ehrgeiz darein setzen, daß nach Beendigung dieser Legislaturperiode gesagt werden kann, daß dieses Land sich in dieser Zeit in guten Händen befunden hat. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zum Wahlvorgang selbst.

Ich ersuche die Abgeordneten Ritzinger und Brandl, je 2 Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten sodann einen Stimmzettel wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen. Es gibt also jeder Abgeordnete einen Stimmzettel ab. (Verteilung, Einsammlung und Zählung der Stimmzettel.)

Ich verkünde das Wahlergebnis. Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben, das ist die Zahl der Wahlberechtigten. 2 Stimmzettel sind leer und daher ungültig.

Für den Wahlvorschlag der ÖVP, der auf Herrn Ökonomierat Josef Krainer lautet, wurden 54 Stimmen abgegeben.

Es ist demnach Abg. Ökonomierat Josef Krainer mit der erforderlichen Stimmenmehrheit zum Landeshauptmann gewählt.

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann unter Bezug auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbnis zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Josef Krainer: Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich beglückwünsche den neugewählten Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer namens des Präsidiums des Landtages zu seiner Wiederwahl und frage ihn, ob er sich zu Wort meldet.

Landeshauptmann Krainer: Ich melde mich zu Worte.

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die steirische Bevölkerung hat durch die Wahlentscheidung am 14. März die Voraussetzungen für meine Wiederwahl zum Landeshauptmann geschaffen. Ich danke den Wählern und Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, für das mir geschenkte Vertrauen. Meine ganze Kraft wird auch fürderhin unserer Heimat und ihren Menschen gelten.

Das Wahlergebnis hat deshalb besonderes Gewicht, weil alle Schichten der Bevölkerung, Intellektuelle, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Wirtschaftstreibende, jung und alt, mit dem Stimmzettel klar zum Ausdruck gebracht haben, wem sie die Führung des Landes anvertrauen wollen.

Bemerkenswert sind die Fortschritte in der demokratischen Entwicklung. Vor Jahren wurde der Begriff Mehrheit noch mit einem suspekten Beigeschmack propagiert. Bei den Landtagswahlen kennzeichnete schon das Ringen der beiden Parteien um die Mehrheit das Thema des Wahlkampfes. Die Auseinandersetzung spitzte sich auf die Frage zu, wem der Führungsauftrag für die nächsten 5 Jahre erteilt werden soll. Es wäre aber verfehlt, aus diesem Wahlergebnis Sieger oder Besiegte herauszulesen; obwohl die Mandatsverteilung keinen Zweifel offen läßt. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß die Wähler die erfolgreiche Landespolitik der vergangenen Periode bestätigt und fortgesetzt wissen wollten. Mit anderen Worten: Das uns allen übertragene Mandat lautet, für die Steiermark zu arbeiten und

steirische Anliegen mit Nachdruck auch bei den Zentralen in Wien zu vertreten. Die Betonung unserer Eigenständigkeit hat bereits wieder Kritik ausgelöst. Es wird versucht, eine Gefahr für unsere demokratische Republik heraufzubeschwören. Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, wissen selbst, daß die Beachtung der Verfassung und der Gesetze in diesem Hause und in der Verwaltung immer selbstverständlich war und ist. In der betonten Bejahung der Eigenständigkeit waren die Steirer immer treue, vaterlandsbewußte Österreicher. Niemand lasse sich in dieser Gesinnung beirren. In Wien wird eben mit anderen Maßen gemessen als in den Bundesländern. Das Bekenntnis zu unserer Republik kommt uns vom Herzen, das gemeinsame Vaterland gehört uns allen. Hüten wir uns vor konfessionellen und rassischen Auseinandersetzungen, die das Zusammenleben der Menschen vergiften und belasten. Hüten wir uns, aus dem Wort „deutsch“ ein politisches Bekenntnis vergangener Zeiten herauszulesen. Wir sind Österreicher und sprechen die deutsche Sprache. Viele verwandtschaftliche und menschliche Beziehungen verbinden uns mit deutschen Volkzugehörigen in der ganzen Welt. Das Wort „deutsch“ ist keine politische Aussage, sondern ein Bekenntnis zu einer großen Volkstums- und Sprachgemeinschaft.

In den vergangenen Jahrzehnten mußten wir die geistige und politische Zerrissenheit unseres Volkes erleben. Jeder aufrechte Österreicher, in welchem Lager er gestanden haben mag, mußte dies schmerzlich empfinden. Voll Dankbarkeit dürfen wir heute feststellen, daß die alten Feindschaften nicht mehr bestehen. Wir haben weitgehend die in der Vergangenheit heraufbeschworenen Geister der Unduldsamkeit und der gegenseitigen Diskriminierung überwunden. Die künstlichen Schranken, die da und dort noch bestehen, werden bald durch die Zeit beseitigt sein. In unseren Städten leben Akademiker, Arbeiter, Angestellte, Wirtschaftstreibende voll Achtung und Respekt miteinander. In unseren Dörfern haben Bauern und Arbeiter ebenfalls eine neue Gemeinschaft gegründet. Unausweichliche Gegensätze in Lohn-, Gehalts- und Standesfragen sind der parteipolitischen Auseinandersetzung entrückt. Sie werden zwischen den Sozialpartnern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ausgetragen. Selbst die amtliche Preisfestsetzung, soweit sie noch besteht, wird durch Vereinbarungen der Sozialpartner entscheidend beeinflusst. Die Kammern und Gewerkschaften erfüllen hier eine wichtige staatspolitische Funktion. Eine verantwortliche Aufgabenstellung im öffentlichen Leben läßt sich nicht auf Produzenten oder Konsumenten einengen. Die Verantwortung des Landtages und der Regierung muß sich auf alle Anliegen des Volkes erstrecken.

Das soziale Bewußtsein bedarf in der modernen Industriegesellschaft neuer Akzente. Der technisch-industrielle Fortschritt und das Wachstum der Wirtschaft haben die Politik der sozialen Sicherheit ermöglicht und zu fruchtbaren Ergebnissen geführt. Im Schatten dieser glücklichen Entwicklung wird eine Gesinnung sichtbar, die zu Lockerungen der Gemeinschaftsbindungen führt. Mit der Leistung von Sozialversicherungsbeiträgen werden wohl gesetzliche Verpflichtungen erfüllt. Die Verantwortung für den Menschen hört jedoch damit nicht auf. Zwischen

den Extremen der totalen Massenfürsorge und der damit verbundenen Distanzierung vom Nächsten muß das Gleichmaß menschlicher Obsorge und materieller Hilfe liegen. Die soziale Verantwortung wird jedem Staatsbürger täglich abverlangt und kann nicht durch den Mechanismus der Renteninstitute und sonstigen Versorgungseinrichtungen ersetzt werden. Durch die menschliche Begegnung, in der Hilfeleistung und durch die Sprache des Herzens müssen wir jene Atmosphäre schaffen, die das Leben für alle lebenswert macht. Die Alten, Kranken und Gebrechlichen in unsere Gemeinschaft fest einzubeziehen, muß unser Ziel sein. Die Abschiebung in Anstalten ohne Bindung an das Leben entspricht nicht dem Idealbild menschlicher Gesinnung. Der Ausgangspunkt öffentlicher Sorge und Verantwortung muß der Mensch mit seinen vielen Nöten sein, die einer Gemeinschaftshilfe bedürfen. Ein solches Bewußtsein ist der Ausdruck moderner, christlicher Haltung. Die Religionsgemeinschaften sind die geistigen Träger der sittlichen Werte, die uns Richtschnur und Wegweiser in der Begegnung mit Menschen und in der Ordnung der öffentlichen Dinge sein sollen.

Die Vitalität des Landes und seiner Bevölkerung gibt uns die Kraft, Zukunftsaufgaben mit Optimismus und Energie in Angriff zu nehmen. Die Fülle der Ideen, der Leistungswille und die sichtbaren Auftriebskräfte unserer Wirtschaft lassen die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung in den nächsten Jahren erwarten.

Von der Vollbeschäftigung lebt das ganze Land. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften verschärft sich von Tag zu Tag. Die Modernisierung und Rationalisierung erstreckt sich bis in die kleinsten gewerblichen und bäuerlichen Betriebe. Wenn wir die industrielle Entwicklung in Westeuropa verfolgen, wissen wir, was uns die kommende Zeit noch abverlangen wird: Mehr geistige und materielle Investitionen! Die Schwerarbeit wird mehr und mehr in den Hintergrund treten. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist die zwangsläufige Folge. Der Hohe Landtag wird demnächst über ein Gesetz für den in Gründung stehenden Landesfonds zur Förderung der Wissenschaft und Forschung zu beraten haben. Die Mittel, die zur Verfügung stehen werden, sollen der maximalen wirtschaftlichen Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse, der Erschließung neuer Betriebszweige und Rohstoffe dienen. Es wird nicht möglich sein, in kurzer Zeit all die schöpferischen Ideen zu verwerten; wir werden aber jenen Prozeß einleiten, der uns auch morgen einen ehrenhaften Platz in der Reihe der Industriestaaten sichert. Wir wollen kein europäisches Hinterland werden, sondern ein Kernland Europas bleiben. Der steirische Beitrag von Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Industrie ist für eine leistungsfähige österreichische Volkswirtschaft entscheidend.

Der Kapitalmangel belastet insbesondere die verstaatlichte Industrie. Eine Finanzierung nur mit Steuergeldern ist kein Ausweg. Nur die Kapitalsausstattung nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird echte Lösungen bringen.

Wir werden eine gemeinsame Haltung in den Fragen der Organisation, der gemeinsamen For-

schung und der Auslandswerbung in den Betrieben, die sich im Eigentum des Staates befinden, suchen müssen. 40.000 Steirer sind in diesen Unternehmungen beschäftigt. Vergleichsweise finden in der gewerblichen Wirtschaft 254.442 Männer und Frauen Arbeit und Brot. Viele Betriebe stehen mit ihren Erzeugnissen in einem harten internationalen Wettbewerb.

Unser gemeinsames Interesse muß es sein, die verstaatlichte Industrie in einem Zustand geordnet zu sehen, daß konkurrenzfähige Preise und eine leistungsgerechte Entlohnung der Arbeiter und Angestellten möglich sind. Verstaatlichte Unternehmungen haben daher die Funktion wie jeder andere Industriebetrieb. Jeder Zwiespalt, der hochgespielt wird, bringt keinen Nutzen, sondern regt nur zur fruchtlosen, langatmigen Diskussion an. Immer müssen wir die ganze Wirtschaft sehen. Die Förderung der Rationalisierung und der Mechanisierung der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe muß uns in der Zukunft ein besonderes Anliegen sein. Eine Erhöhung des Kreditvolumens für Kleinbetriebe ist geboten, um an der Befriedigung des gesteigerten Investitionsbedarfes mitpartizipieren zu können.

Seit dem Sommer 1964 zeigen sich agrarpolitische Probleme in ihrer ganzen Tragweite. Die Konsumenten haben verspürt, daß Mangelerscheinungen in Kalb- und Rindfleisch auf dem Markt sichtbar wurden. Preissteigerungen sind die Folge. Viele Bauern schränken mangels ausreichender Rentabilität die Viehhaltung ein und bevorzugen andere Erwerbszweige. Der Fleischverbrauch steigt weiter an. Aus einem agrarpolitischen Problem wird die ernste Frage der zureichenden Versorgung unserer Bevölkerung. Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft ist daher nicht nur ein Anliegen des bäuerlichen Berufsstandes, sondern des ganzen Volkes. Insbesondere werden wir der Förderung der Viehhaltung unser Augenmerk zuwenden müssen; damit sichern wir auch die Existenzfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe, die eine große Chance im gemeinsamen Europäischen Markt haben werden.

Unsere Förderungsmaßnahmen müssen sich weiters in zunehmendem Maße auf die marktgerechte Verwertung landwirtschaftlicher Produkte erstrecken. Der Geschmack der Verbraucher und ihre Bedürfnisse werden der Maßstab sein. Die Zusammenarbeit der bäuerlichen Genossenschaften mit Handel und Gewerbe zu koordinieren und die gegenseitige Ergänzung anzuregen, wird vielen Initiativen und Ideen neuen Auftrieb geben.

Darüber hinaus werden wir alle Maßnahmen auf dem Sektor des Wegebaues, des Flußbaues, der Meliorationen und der Grundzusammenlegung fortsetzen müssen.

Es vergeht kein Tag, wo nicht gegenwärtig wird, daß das Wohnungsproblem ein brennendes Anliegen ist. Die Generalbereinigung kann nur auf Bundesebene erfolgen. Wie prekär die Situation ist, können Sie aus der Tatsache ersehen, daß es z. B. 25 Jahre dauern würde, nach der heutigen Übung, bis der letzte Wohnungsuchende in Graz durch die Stadtgemeinde wohnversorgt werden kann. Unsere Förderungsmaßnahmen bringen nur teilweise Lösungen. Wir werden neuerlich durch ein Sonderwohnbauprogramm, abgestimmt auf die Eigenheim-

siedler und den Barackenersatz, zusätzlichen Wohnraum schaffen müssen. Dabei wird die Stadt Graz eine entsprechende Berücksichtigung erfahren.

In der Steiermark werden, wie Ihnen bekannt ist, Wohnbaumittel durch den Bund willkürlich verteilt. Eine Neufestlegung der Länderquoten wurde gefordert; der Ministerrat hat von unseren Wünschen Kenntnis genommen. Eine weitere Benachteiligung der Steiermark zugunsten Wien und anderer Bundesländer muß mit allen Mitteln verhindert werden. Ein Vorschlag der Volkspartei, der einen Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung vorsieht, liegt vor. Die Höhe des Familieneinkommens soll künftighin über das Ausmaß der Förderung entscheiden. Wir helfen damit vor allem jungen Ehepaaren und kinderreichen Familien. Viele Steirer wohnen in neugebauten Wohnungen mit einem hohen Mietzins. Bezieher kleiner Einkommen können diese Last nur sehr schwer tragen. Wir werden uns daher schlüssig werden müssen, ob wir Mietzinszuschüsse des Landes in der Form einführen, wie sie in Vorarlberg bereits vorliegen. Ein sozialgerechter Maßstab würde die Grundlage einer solchen Förderung sein.

Die Bewältigung des Verkehrs stellt uns vor schier unlösbare Aufgaben. Mit schönen Reden und Propaganda baut man keine Straßen. Wenn wir einen befriedigenden Zustand erreichen wollen, müssen Bund und Land zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Wir erwarten, daß der neue Finanzausgleich 1966 in der Verteilung der Mineralölsteuer auf die Verkehrsbedürfnisse der Länder und Gemeinden Rücksicht nehmen wird. Das Verkehrsnetz von Bund, Land und Gemeinden ergänzt sich gegenseitig und ist ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor. Die Autobahn durch die Steiermark, deren großzügigen Ausbau wir verfolgen, entledigt uns nicht aller Sorgen. Das Einfallstor vom Westen weist noch offene Strecken auf, die Umfahrung der obersteirischen Industriestädte ist unausweichlich, die Präbichl-Nordrampe, die Triebener Tauern- und die Grenzland-Bundesstraße müssen dringlich weitergebaut werden. (Zwischenruf von der SPÖ: „Wie?“) Ich könnte auf das „Wie“ eine Antwort geben und eine sehr harte sogar.

In diesem Zusammenhang muß ich ausdrücklich vor parteipolitischer Taktik bei Straßenbauvorhaben warnen. Geologische Schichtformationen, wie wir sie am Präbichl und am Triebener Tauern vorfinden, bedürfen einer gründlichen und umsichtigen Planung und Forschung, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, Millionen zu verbauen, die durch Lawinen oder Moränen gefährdet sind. Die vorgenannten Vorhaben sind außerdem sehr kostspielig; eine Größenordnung von 100 Millionen Schilling reicht bei solchen Vorhaben nicht aus. Die Umfahrung Leoben kostet beispielsweise 150 Millionen Schilling; das ist die Hälfte der Mittel für den jährlichen Bundesstraßenbau in der Steiermark.

Die Frostaufbrüche auf Bundesstraßen werden einen Kostenaufwand von mehr als 40 Millionen Schilling erfordern, die der Landesstraßen rund 30 Millionen Schilling. Wenn nicht ausreichend zusätzliche Mittel aufgebracht werden können, müssen Bauten gekürzt und neue Vorhaben zurückge-

stellt werden, damit die Frostaufbrüche eine teilweise Sanierung erfahren.

Auch die Stadt Graz kann ihre Verkehrsprobleme nicht ohne Mitwirkung des Bundes und Landes lösen. Die Nordeinfahrt nach Graz ist bereits projektiert. Mit baulichen Maßnahmen wird in diesem Jahr noch begonnen. Graz ist unsere Landeshauptstadt. Der kommende Finanzausgleich müßte einen Städteausgleich mit Einbeziehung der Stadt Wien zugunsten von Graz bringen. Ich sehe darin den einzigen Ausweg zur Besserung der finanziellen Situation unserer Landeshauptstadt. Die Randlage im Schnittpunkt zwischen West und Ost ist die Ursache der unbefriedigenden Finanzkraft der Stadt Graz. Die Verpflichtungen, die Graz als Universitätsstadt und Kulturzentrum hat, werden von der Steiermärkischen Landesregierung auch in Zukunft wahrgenommen werden. Vom Wohnungs-, Kanal- und Straßenbau bis zu den Sommerspielen und den großen Kunstausstellungen spannt sich der Bogen unseres Engagements. Wir werden auch in Zukunft unseren Beitrag zur Behebung der Wohnungsnot in Graz leisten. Sichtbare Fortschritte der Wohnbauförderung sind in den neuen Siedlungsgebieten in St. Peter und Wetzelsdorf schon erzielt worden. Der Ausbau unserer Krankenanstalten, der Bau der Kinderklinik und der chirurgischen Klinik sind auch eine große Bereicherung für die Landeshauptstadt Graz. Der Bau eines Alterskrankenhauses ist jedoch nach wie vor aktuell. Der Neubau des Schwesterninternates wird unserem Krankenpflegenachwuchs eine moderne Heimstätte bringen. Notwendig erscheint mir, die Wohnversorgung des Krankenpflegepersonals bevorzugt voranzutreiben, damit wir unseren Krankenhausbetrieb überhaupt aufrechterhalten können. Wir befinden uns hier in völliger Übereinstimmung mit dem zuständigen Referenten Landesrat Sebastian.

Auch der sporttreibenden Jugend wollen wir durch unsere Mitwirkung weiterhin neue Möglichkeiten schaffen. Der Mangel eines Hallenbades in Graz ist ein ernstes Anliegen. Das Land Steiermark wird an der Aufbringung der Mittel für dieses Projekt mitwirken müssen.

Auf kulturellem Gebiet steht uns durch das TRIGON 1965 die künstlerische Begegnung zwischen Österreich, Italien und Jugoslawien bevor. Jede Kunstrichtung hat bei uns ihre Heimstätte. Es ist bei uns Platz für das Ringen um neue Ausdrucksformen und gültige Aussagen. Der Mut zum Neuen soll hierzulande gefördert und beachtet werden.

Die steirischen Gemeinden bedürfen unserer Hilfe, um ihr Schulbauprogramm verwirklichen zu können. Der Gemeindeausgleichsfonds ist eine segensreiche Einrichtung. Dem Bau von Hauptschulen wird auf dem Sektor der Pflichtschulen der Vorrang zu geben sein, da ohne Hauptschulbildung heute kein berufliches Fortkommen mehr möglich ist. Mit Schulbeginn 1965/66 wird in Feldbach der Unterricht an der neu ins Leben gerufenen Handelsakademie und in Deutschlandsberg am musisch-pädagogischen Realgymnasium aufgenommen werden, eine dankbare Fortsetzung der Gründung von mittleren Lehranstalten in der Steiermark. Die fortschreitende Technisierung und Mechanisierung sowie die Automatisierung bringen einen ungeheuren Mehrbedarf an

hochqualifizierten Arbeitskräften mit sich. Der rasche Aufbau des berufsbildenden und technischen Schulwesens ist daher dringend geboten. Die Errichtung einer weiteren höheren technischen Lehranstalt für Maschinenbau und Elektrotechnik ist in unserem Programm. Eine höhere Bundeslehranstalt für Hoch- und Tiefbau und eine weitere Handelsakademie sind ebenfalls eingeplant. Den weiblichen Schülern soll durch einen weiteren Ausbau der Lehranstalten für Frauenberufe eine Möglichkeit gegeben werden, sich in verstärktem Umfange wie bisher weiterzubilden.

Mit der Errichtung von vier Landes-Berufsschulen wird in den kommenden Jahren das gewerbliche Berufsschulwesen weitgehend geregelt sein. Auf dem Sektor des Handels wird es im Zuge der notwendigen Verschärfung zur Errichtung von Landesberufsschulen kommen müssen. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich darüber schlüssig zu werden, ob all diese Baumaßnahmen durch Budgetmittel oder durch die Aufnahme von Schulbauanleihen finanziert werden sollen. Das bäuerliche Berufs- und Fachschulwesen wird durch die Errichtung einer neuen Landwirtschaftsschule in der Weststeiermark eine wertvolle Verdichtung erfahren.

Mit dem Bau von Lehrerwohnungen — besonders in den Grenzgebieten — hoffen wir, auch einen Beitrag zu leisten zur Verankerung der Lehrerschaft in den ländlichen Gebieten. Ein besonderes Anliegen sind die Landärzte, besonders in den Fremdenverkehrsgebieten.

Eine ernste Frage sind auch die Sicherheitsverhältnisse außerhalb der Landeshauptstadt Graz. Das Innenministerium beabsichtigt, Gendarmerieposten aufzulassen, einen organisch gewachsenen Exekutivkörper will man durch Konzentrierung von Einheiten in Städten und Märkten auflösen. Wir müssen uns gegen diese großzügige Planung zur Wehr setzen.

Ein neuer Wirtschaftsfaktor ist der Fremdenverkehr, der in einer zunehmenden Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Die öffentliche Hand kann nur mit Initialzündungen bei der Durchführung von verschiedenen Investitionsvorhaben helfen. Im Ausbau einer zweiten Saison liegt ja die große Chance der Zukunft. Wir wollen nicht ein spektakuläres Fremdenverkehrsland sein, sondern für die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen den notwendigen Erholungsraum sichern. Ein Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr wäre die Anlage künstlicher Seen. Wir werden dieser Frage unser ganzes Augenmerk zuwenden. Besonders der Fremdenverkehr ist an einer geordneten Wasser- und Abwasserwirtschaft interessiert. Es nützt nichts, die Verschmutzung unserer Gewässer zu beklagen oder den Industriebetrieben unerfüllbare Vorschriften zu machen. Wesentlich wird es sein, durch verbilligte Kredite den Bau von Klär- und Filteranlagen zu ermöglichen. Das Quell- und Grundwasser ungeschmälert zu erhalten, kann nur durch ein gut ausgebautes Wasserleitungs- und Kanalsystem gewährleistet werden. Der Wasserwirtschaftsfonds wird keine ausreichende Finanzierungsgrundlage bieten. Wenn der Bund nicht imstande ist, diese ihm zukommende Aufgabe zu erfüllen, werden wir weitere Landesmittel einsetzen müssen.

Auch der Strombedarf wird weiter steigen. Die STEWEAG hat im Jahre 1964 insgesamt 1537 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie bereitgestellt. Davon wurden in eigenen Kraftwerken 1217 Millionen Kilowattstunden aufgebracht und der Fremdstrombezug hatte ein Ausmaß von 321 Millionen Kilowattstunden, das sind 20, nicht ganz 21% der Gesamtbereitstellung. Da der Bedarfszuwachs jährlich bei 7% liegt und damit in 10 Jahren etwa eine Verdoppelung des Stromkonsums zu erwarten ist, muß unsere Landesgesellschaft STEWEAG, um ihren Fremdstrombezug nicht erhöhen zu müssen, was zu einer zusätzlichen Erhöhung der Strompreise führen würde, in den kommenden Jahren zusätzlich Kraftwerke mit einer Leistung von etwa 1500 Millionen Kilowattstunden errichten. Wir werden besorgt sein, daß die Zahl der Wasserkraftwerke in einem richtigen Verhältnis zu jenen Kraftwerken steht, die auf Kohlenbasis betrieben werden. Unsere ständige Sorge wird auch weiterhin dem heimischen Kohlenbergbau gelten müssen. Grobkohle für die Haushalte und Feinkohle für die kalorischen Kraftwerke müssen aus den einheimischen Gruben kommen.

Wir müssen darauf Bedacht nehmen, daß in der Konkurrenz der Energieträger Kohle und Öl unser Bergbau nicht zu kurz kommt. Aber ebenso müssen wir unser Augenmerk auch auf den Energieträger Öl richten. Der steigende Bedarf an Benzin, Diesel- und Heizöl hat zur Folge, daß unsere Straßen mit Öltankern belastet werden. Diese Transporte behindern einen fließenden Verkehr. Wir müssen uns daher in den Bau der Pipeline Triest—Wien einschalten, damit der Bau einer Raffinerie in der Nähe der Stadt Graz sichergestellt wird. Eine Studiengesellschaft ist in Gründung begriffen, um die notwendigen Unterlagen für den Bau einer Raffinerie und das Auswiegen der Konkurrenz zwischen Kohle und Öl auszuarbeiten. Die Pipeline ist ein billiges Transportmittel. Ihre Realisierung wird uns vielfach geneiden. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um die steirischen Interessen hier wahrzunehmen.

Unser ganzes Augenmerk müssen wir der Steigerung unserer Wirtschaftskraft zuwenden. Die Förderung der Ansiedlung moderner Industriezweige, die Hebung des Einkommens der breiten Massen, die Förderung unserer Landwirtschaft, um die Ernährung für die Zukunft zu sichern, den Gewerbe- und Handelsstand zu fördern, damit er im In- und Ausland der Konkurrenz standhalten kann, müssen unsere dauernden Anliegen sein.

Das Grenzland als staatspolitische Aufgabe wird uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Ausgehend von den strukturellen Grundlagen der Landwirtschaft, dem Gewerbe sowie den mittleren industriellen Betrieben, wird unsere Förderungstätigkeit einzusetzen sein. Ein umfassendes Programm für Betriebsgründungen und -erweiterungen steht in Bearbeitung. Förderungswillige Interessenten sind nach den bisherigen Erfahrungen nicht in großer Zahl vorhanden. Die Ansätze — das gilt auch für das Grenzland — für den Fremdenverkehr sind als positiv zu werten. Eine neue, zusätzliche Einnahmequelle und die Festigung der Existenz ist damit zu erwarten.

Durch einen Obstbauplan hoffen wir, auch in den klimatisch begünstigten Gebieten des Grenzlandes neue Anreize für den intensiven Erwerbsobstbau zu schaffen. Der Erfolg des ebenfalls vom Lande mitfinanzierten Weinbauplanes hat sich schon eingestellt.

Umfangreich ist das Betätigungsfeld der Landesregierung. Zu ordnen und zu fördern wird die Aufgabe der Landespolitik auch in Zukunft sein. Um die Mitarbeit der freiwilligen Vereinigungen und Vereine, der Kammern, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sektor bitte ich auch weiterhin. Nur durch das fruchtbare Zusammenwirken und gegenseitige Ergänzen können die tatsächlichen Bedürfnisse unserer Bevölkerung erkannt und berücksichtigt werden.

Gegenwärtig befindet sich Österreich in einer Phase historischer Verhandlungen. Die Gespräche in Brüssel haben begonnen. Ich darf dieses Hohe Haus an die Initiativen erinnern, die von hier aus ausgegangen sind, um den Weg nach Europa zu finden. Unsere Willensäußerung wurde oft sehr unfreundlich kommentiert, und als die Stimme aus dem steirischen Hinterwald bezeichnet. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Wir brauchen für die Existenzgrundlagen unseres Volkes die Gemeinschaft der freien europäischen Völker. Trotz der verschiedenen politischen Systeme ist aber ebenso eine fruchtbare Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland und den osteuropäischen Staaten möglich und notwendig. Wir bejahen menschliche, kulturelle und wirtschaftliche Verbindung mit den östlichen Ländern, wenn wir die freiheitliche Gesellschaftsordnung gegenüber dem Kommunismus klar abgrenzen.

Zu dieser Gesinnung lade ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, ein, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Wahlauseinandersetzungen liegen hinter uns. Trotz politischer Meinungsverschiedenheiten müssen wir uns stets zur Verpflichtung und Aufgabe bekennen, fruchtbare Arbeit für die Heimat zu leisten. Alles für die Steiermark, für ein Leben in Frieden und Freiheit! (Langanhaltender allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Nach § 28 der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus 9 Mitgliedern.

Die Zahl der Regierungsmitglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältnis der letzten Landtagswahl aufzuteilen. Demnach entfallen auf die ÖVP 5 und auf die SPÖ 4 Regierungsmitglieder.

Der Landeshauptmann ist auf den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsmitglieder einzurechnen. Es entfallen daher auf die ÖVP noch 4 und auf die SPÖ 4 Mitglieder der Landesregierung.

Von der ÖVP wurden für die Wahl als Regierungsmitglieder vorgeschlagen: Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, Oberregierungsrat Dr. Friedrich Niederl, Anton Peltzmann und Franz Wegart.

Von der SPÖ wurden für die Wahl als Regierungsmitglieder vorgeschlagen: Hans Bammer, Jo-

sef Gruber, Adalbert Sebastian, DDr. Alfred Schachner-Blazizek.

Ich lasse über die Vorschläge getrennt abstimmen.

Ich ersuche alle Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich stelle die Annahme fest.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche nun die gewählten Regierungsmitglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um eine Erklärung, ob sie die Wahl annehmen:

Abg. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren: „Ich nehme die Wahl an.“

Oberregierungsrat Dr. Friedrich Niederl: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Anton Peltzmann: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Franz Wegart: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Hans Bammer: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Josef Gruber: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Adalbert Sebastian: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. DDr. Alfred Schachner-Blazizek: „Ich nehme die Wahl an.“

Damit sind die Regierungsmitglieder gewählt und sie haben die Wahl auch angenommen.

Wir kommen zur Wahl der Bundesräte.

Steiermark hat 8 Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältnismäßigkeitsrecht auf die ÖVP und auf die SPÖ je 4 Mitglieder.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Von seiten der ÖVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Krainer Josef, Bischof Hans, Brandl Gottfried, Hofmann-Wellenhof Otto;

als Ersatzmitglieder: DDr. Hans Steiner, Koerner Simon, Dipl.-Ing. Karmus Kurt, Stangl Maria.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Matzner Maria, Pohl Leopoldine, Gamsjäger Josef, Dr. Reichl Josef;

als Ersatzmitglieder: Psonder Stefanie, Bischoff Julie, Gratsch Walter, Zinkanell Josef.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die Klubobmänner um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmänner die Wahl annehmen.

Landeshauptmann Josef Krainer: Für die Österreichische Volkspartei kann ich erklären, daß die gewählten Bundesräte und Ersatzmänner ihr Mandat annehmen werden.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Für die Sozialistische Partei Österreichs erkläre ich, daß die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl der Landtagsausschüsse.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, wieder folgende Ausschüsse zu wählen:

- einen Finanzausschuß,
- einen Gemeinde- und Verfassungsausschuß,
- einen Kontrollausschuß,
- einen Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß,
- einen Landeskulturausschuß,
- einen Volksbildungsausschuß und
- einen Fürsorgeausschuß.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Weiters schlage ich vor, daß wie bisher

der Finanzausschuß aus 15 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern,
der Gemeinde- und Verfassungsausschuß aus 11 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern,
der Kontrollausschuß aus 15 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern,

der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß aus 9 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern,

der Landeskulturausschuß aus 9 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern,

der Volksbildungsausschuß aus 9 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern und

der Fürsorgeausschuß ebenfalls aus 9 Mitgliedern und aus ebensovielen Ersatzmännern bestehen soll.

Ich ersuche die Abgeordneten, die für diesen Vorschlag stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Dieser Vorschlag ist angenommen.

Wir kommen nun zur **Wahl des Finanzausschusses.**

Diesem Ausschuß sollen angehören 8 Mitglieder der OVP und 7 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Egger Edda, Feldgrill Franz, Hegenbarth Josef, Nigl Anton, Pabst Johann, Dr. Pittermann Josef, Ritzinger Hermann, Stöffler Josef;

als Ersatzmänner: Buchberger Rupert, Burger Siegmund, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Jamnegg Johanna, Ing. Koch Hans, Lackner Karl, Dr. Rainer Alfred, Schrammel Josef.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Brandl Hans, Hofbauer Bert, Ileschitz Franz, Dr. Klauser Christoph, Lackner Vinzenz, Fellingner Johann, Zinkanell Josef;

als Ersatzmänner: Schlager Josef, Gross Hans, Heidinger Gerhard, Klobasa Alois, Lendl Hella, Loidl Josef, Psonder Stefanie.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.**

Diesem Ausschuß sollen angehören 6 Mitglieder der OVP und 5 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Neumann Johann, Nigl Anton, Prenner Karl, Dr. Rainer Alfred, Dipl.-Ing. Schaller Hermann;

als Ersatzmänner: Feldgrill Franz, Ing. Koch Hans, Lackner Karl, Lind Josef, Dr. Pittermann Josef, Stöffler Josef.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Fellingner Johann, Heidinger Gerhard, Dr. Klauser Christoph, Schlager Josef, Zinkanell Josef;

als Ersatzmänner: Hofbauer Bert, Lackner Vinzenz, Wuganigg Viktor, Aichholzer Friedrich, Dipl.-Ing. Juvancic Hans.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Kontrollausschusses.**

Diesem Ausschuß sollen angehören 7 Mitglieder der OVP, 7 Mitglieder der SPÖ und 1 Mitglied der FPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Jamnegg Johanna, Feldgrill Franz, Lackner Karl, Lafer Alois, Lind Josef, Dr. Pittermann Josef, Stöffler Josef;

als Ersatzmänner: Buchberger Rupert, Burger Siegmund, Egger Edda, Maunz Johanna, Pabst Johann, Pölzl Heribert, Neumann Johann.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Brandl Hans, Klobasa Alois, Loidl Josef, Psonder Stefanie, Wuganigg Viktor, Zagler Anton, Zinkanell Josef;

als Ersatzmänner: Aichholzer Friedrich, Heidinger Gerhard, Ileschitz Franz, Dipl.-Ing. Juvancic Hans, Schlager Josef, Lendl Hella, Meisl Josef.

Von der FPÖ wurde vorgeschlagen als Mitglied: DDr. Götz Alexander,

als Ersatzmann: Scheer Franz.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses.**

Diesem Ausschuß sollen angehören 5 Mitglieder der OVP und 4 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Burger Siegmund, Ing. Koch Hans, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Neumann Johann, Schrammel Josef;

als Ersatzmänner: Hegenbarth Josef, Lackner Karl, Dr. Rainer Alfred, Ritzinger Hermann, Stöffler Josef.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Brandl Hans, Ileschitz Franz, Dipl.-Ing. Juvancic

Hans, Lackner Vinzenz; als Ersatzmänner: Aichholzer Friedrich, Loidl Josef, Meisl Josef, Zagler Anton.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Landeskulturausschusses**.

Diesem Ausschuß sollen angehören 5 Mitglieder der OVP und 4 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Buchberger Rupert, Lackner Karl, Nigl Anton, Pabst Johann, Dipl.-Ing. Schaller Hermann;

als Ersatzmänner: Hegenbarth Josef, Lafer Alois, Lind Josef, Neumann Johann, Pölzl Heribert.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Aichholzer Friedrich, Brandl Hans, Meisl Josef, Zinkanell Josef;

als Ersatzmänner: Heidinger Gerhard, Klobasa Alois, Dr. Klauser Christoph, Zagler Anton.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Volksbildungsausschusses**.

Diesem Ausschuß sollen angehören 5 Mitglieder der OVP und 4 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Egger Edda, Neumann Johann, Dr. Pittermann Josef, Dr. Rainer Alfred, Dipl.-Ing. Schaller Hermann;

als Ersatzmänner: Feldgrill Franz, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Jamnegg Johanna, Pölzl Heribert, Ritzinger Hermann.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Gross Hans, Heidinger Gerhard, Klobasa Alois, Wuganigg Viktor;

als Ersatzmänner: Fellingner Johann, Dr. Klauser Christoph, Lendl Hella, Zinkanell Josef.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Wir kommen zur **Wahl des Fürsorgeausschusses**.

Diesem Ausschuß sollen angehören 5 Mitglieder der OVP und 4 Mitglieder der SPÖ.

Von der OVP wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Egger Edda, Jamnegg Johanna, Nigl Anton, Pölzl Heribert, Dipl.-Ing. Schaller Hermann;

als Ersatzmänner: Burger Siegmund, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Lind Josef, Pabst Johann, Ritzinger Hermann.

Von der SPÖ wurden vorgeschlagen als Mitglieder: Fellingner Johann, Psonder Stefanie, Lendl Hella, Schlager Josef;

als Ersatzmänner: Gross Hans, Dipl.-Ing. Juvancic Hans, Dr. Klauser Christoph, Wuganigg Viktor.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Vorschläge sind angenommen.

Damit sind auch die Mitglieder der Landtagsausschüsse gewählt.

Nach § 22 der Landesverfassung und § 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können Mitglieder des Landtages die dort angeführten Stellen nur mit Zustimmung des Landtages bekleiden.

Die Mitglieder des Landtages, die eine solche Stelle bekleiden, haben innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in den Landtag dem Präsidenten hievon eine Anzeige unter Angabe der Bezüge zu erstatten. Über die Zulässigkeit der Beteiligung entscheidet der Landtag.

Weiters gebe ich noch bekannt, daß jedem Abgeordneten über seinen Wunsch von mir eine Urkunde mit seinem Lichtbild ausgestellt wird. Die Ausweiskarten sind in der Landtagspräsidialkanzlei gegen Abgabe eines Lichtbildes in Paßgröße anzufordern.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden. Sie wird mit einer Fragestunde beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.25 Uhr.